

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern.

Es giebt gewisse Anschauungen, die als allgemein gültig und thatsächlich vorhanden hingestellt werden, die sich aber bei näherer Betrachtung als Hirngespinnste und Phantasiegebilde ausweisen. Da ist beispielsweise der Satz, daß alle Menschen als Kinder Gottes Brüder seien, trotzdem Jedermann weiß, daß die Vertreter der Religion zwischen Arm und Reich, Vornehm und Gering ganz auffallende Unterschiede machen. Da ist ferner die Behauptung, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich seien, trotzdem die Verschiedenheit der Behandlung, die ein Fabrikant oder Junker resp. ein Arbeiter im heutigen Staatswesen erfährt, zum Himmel schreit. Da ist endlich die Phrase von der bürgerlichen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, worüber beinahe die Pferde lachen.

Seit einigen Jahrzehnten spielt auch der Satz, daß die Arbeiter den Unternehmern gleichberechtigt seien, eine bedeutende Rolle. Er ist gewissermaßen zu einem Programm-Satz geworden, und wird von den Sozialpolitikern immer wieder als eine Wahrheit hingestellt, die auf den Entwicklungsgang der modernen deutschen Sozialpolitik bestimmend einwirkte. Die aus dem Jahre 1890 stammenden Februarerlasse unseres jetzigen deutschen Kaisers stellen es sogar als eine Aufgabe des Staates hin, „den Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung zu wahren“. Diesem selben Gedanken hatte der Kaiser bereits kurz nach seiner Thronbesteigung Ausdruck gegeben, als er an eine Deputation der Grubenbesitzer von Rheinland und Westfalen die Aufforderung richtete, man müsse den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, daß sie dem Unternehmertum gleichberechtigt seien und daß sie auch nach dem Prinzip der Gleichberechtigung behandelt würden.

Früher hat die Bourgeoisie die Gleichberechtigung der Arbeiter, theoretisch wenigstens, anerkannt. Nach liberal-manchesterlicher Auffassung treten sich auf dem Arbeitsmarkte zwei freie, gleichberechtigte Personen gegenüber: der Arbeiter als Besitzer seiner Waare Arbeitskraft und der Kapitalist als Selbstbesitzer. Der Arbeiter will seine Waare verkaufen, der Kapitalist will sie kaufen; Verkäufer und Käufer sind aber rechtlich gleich; Zwang existiert zwischen ihnen nicht; der Verkäufer kann verkaufen, wenn es ihm paßt, der Käufer kann kaufen, wenn er will; keiner hat das Recht, den anderen zu zwingen. Diese theoretische Auffassung blieb so lange maßgebend, wie die Arbeiter von ihrer Gleichberechtigung keinen Gebrauch machten. Als sie aber den Anspruch erhoben, diese Theorie in die Praxis umsetzen zu wollen, als sie die Forderung aufstellten, auch ein Wörtlein mitleiden zu wollen, da fiel diese wunderbare liberal-manchesterliche Theorie wie ein Kartenhaus zusammen und das Kapitalproletariat, diese herrlichste Blüte der modernen göttlichen Weltordnung, erschien auf der Bildfläche. Seit dieser Zeit führt das Unternehmertum einen erbitterten, rücksichtslosen Kampf gegen das Streben der organisierten Arbeiterklasse, die Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum, die bislang noch auf dem Papiere steht, zur Wahrheit zu machen. Dies ist das ideale Streben des Proletariats, das mit dem Kampf um materielle Besserstellung parallel läuft. Die modernen empfindenden Arbeiter wollen nicht nur ihren Anteil an den wirtschaftlichen Gütern vermehren, um besser leben zu können, sondern sie wollen auch ihre Sklavenhülle abstreifen und dem Unternehmern nicht mehr als Mensch zweiter Klasse, sondern als Gleichberechtigter gegenüber treten. Das Eine bedingt übrigens das Andere.

Schärfer noch als die Forderung des Proletariats nach besserer Lebenshaltung bekämpft das Kapitalproletariat die Forderung auf Gleichberechtigung. Trotz dieser Bekämpfung findet aber der Gedanke einer Demokratisierung der Arbeitsweise immer mehr Boden und die Idee eines Gewerbestatutalismus bringt in immer mehr Köpfe. Das erregt natürlich den Zorn des Scharfmacherthums und der Sekretäre des Scharfmacherverbandes, Dr. Alexander Rille, spuckt in

einem Artikel der „Industrie-Zeitung“ Gift und Galle gegen „die Unmaßung“ der Arbeiterklasse und „die sozialpolitischen Quacksalber“, die das Streben des Proletariats für berechtigt halten. Er schreibt seinen Brodherren, den Leuten vom Zentralverband der Großindustriellen, das Verdienst zu, „die unberechtigten Gleichheitsideen“ stets energisch bekämpft zu haben.

„Statt sich kleine Zugeständnisse abpressen zu lassen,“ so schreibt er, „wiesen sie (die Herren vom Zentralverband der Großindustriellen) Jahrzehnte lang auf das Ideologische und Irrsinnige jener Drohungen und Forderungen hin. Das feste Vertrauen darauf, daß die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung ihnen doch schließlich Recht geben müsse, gab ihnen den Muth, auch dann noch auszuhalten, als sich die sozialistische Doktrin bis auf das ökonomische Katheder durchgefressen hatte und man begann, angebliche Wissenschaft gegen das Unternehmertum ins Feld zu führen. Als der Verein für Sozialpolitik sich gänzlich auf die Seite des Katheder-sozialismus schlug, da blieb schließlich nur noch der Zentralverband deutscher Industrieller als offener Gegner der Sozialmoralisten und Sozialbeologen auf dem Kampffeld und bekämpfte jeden Versuch, mittelst der Gesetzgebung das Wirtschaftsleben nach anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Insbesondere lehnte er es ab, das Wirtschaftsleben dadurch still zu stellen, daß er die Ungeheuerlichkeit anerkannte, mit dem Unternehmer sei die Gesamtheit seiner Arbeiter „gleichberechtigt“ und müsse deshalb genau so viel Einfluss auf sein Geschäft haben als er selbst. In England hat man diese Narrheit „industrielle Demokratie“ genannt. Wer in einer industriellen Anlage sein Eigentum riskiert, wer die finanzielle Verantwortung für die aus ihr entspringenden Verpflichtungen trägt, wer seine Arbeitskraft in ihre technische und wirtschaftliche Organisation steckt, der muß auch innerhalb des vom Gesetze gezogenen Rahmens die freie Entscheidung darüber haben, ob er überhaupt Arbeiter beschäftigt, welche er beschäftigt und unter welchen Bedingungen er es thut. Jeder Uebergriff von seiner Seite findet ganz von selbst seinen Ausgleich. Wer unbillig oder hart ist, der wird bei jeder Aufschwungzeit, bei jeder Zeit reichlicher Arbeitsgelegenheit seine Arbeiter oder doch seine besten Arbeiter einbüßen. Niemand wird diesen je das Recht verläumern wollen, ihre Arbeitskraft möglichst hoch wirtschaftlich zu verwerten, und noch nie ist von Seiten der deutschen Industrie ein Schritt unternommen worden, dieses Recht den Arbeitern einzuschränken.“

Der letzte Satz enthält eine bewußt Unwahrheit, die zu den sonstigen Verdrehungen des sozialpolitischen Hochstaplers Rille ganz vorzüglich paßt. Im Uebrigen können wir nur die brutale Deffenheit des Oberkulis loben, mit der er die Forderung eine Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Ungeheuerlichkeit und eine Narrheit nennt. Dieses Eingeständniß ist unbezahlbar. Es bestätigt lediglich die oftmals wiederholte Behauptung der Arbeiterpresse, daß die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben eine Phrase ist und daß die Scharfmacher gar nicht daran denken, ihre Alleinherrschaft aufzugeben. Sie sind und wollen sein die Herren, deren Wille Gesetz ist, und die Arbeiter „ollen nach wie vor die Sklaven bleiben, welche der Willkür ihrer Herren unterworfen sind. Die erwähnten Worte des deutschen Kaisers werden für eine Ungeheuerlichkeit erklärt und der theoretische Grundsatz des Manchesterliberalismus wird als Narrheit bezeichnet.

Und wie begründet der Oberkuli diese seine Behauptung? Eine größere Verdrehung als diese sog. Begründung ist uns noch nicht vorgekommen. Es handelt sich ja gar nicht darum, dem Unternehmer vorzuschreiben, ob er Arbeiter beschäftigen und welche er beschäftigen soll, es handelt sich lediglich um die Frage, ob der Unternehmer die Arbeitsbedingungen einseitig festsetzen darf. Das ist, was wir bestreiten. Wir behaupten nämlich, daß der Arbeiter das Recht haben muß, ein Wort mitzusprechen über die Bedingungen, unter denen der Kapitalist seine Arbeitskraft ausbeutet. Lächerlich ist es, wenn Rille davon redet, daß der Unter-

nehmer sein Eigentum riskiert und seine Arbeitskraft in den Betrieb hineinsteckt. Thut dies der Arbeiter nicht ebenfalls? Der Arbeiter riskiert in vielen Fällen nicht nur seine Arbeitskraft, also sein einziges Eigentum, sondern sogar sein Leben. Und er sollte nichts zu sagen haben im Betriebe?

Der frühere preussische Staatsminister Freiherr von Berlepsch hat vor Kurzem in einem Vortrage die Frage der Gleichberechtigung der Arbeiter behandelt und es beklagt, daß dieser Gedanke nur so schwer in die Köpfe der Unternehmer eindringt. „Die Anschauung“, so sagt er, „daß der Lohnzahlende der Herr und der Arbeiter der Untergebene sei, sitzt noch in allen Ständen fest. Es ist in hohem Grade bemerkenswert, wie schwer die Menschen sich von dieser Anschauung los machen können. Daß dem Arbeitgeber im Arbeitnehmer ein Kontrahent gegenübersteht, dem in Bezug auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen dasselbe Maß von Recht und derselbe Anspruch an wirksame Wahrung seiner Interessen zusteht, wie jenen, das will noch nicht in die Köpfe der Unternehmer hinein. Dieser Anspruch auf Gleichberechtigung, um den sich heute im Wesentlichen der soziale Kampf dreht, widerspricht der Ueberlieferung, man darf sich daher nicht wundern, wenn er nur langsam und nach heftigem Sträuben durchdringt. Es wird auch bezüglich des Herenbewußtseins eine gewisse Zeit vergehen, bis die Menschen die Unvereinbarkeit der Ueberlieferung mit dem Gewordenen anerkennen.“ Und weiter hebt der Redner die Bedeutung dieser Frage für die moderne Sozialpolitik hervor. „Wirksame Sozialreform, d. h. eine solche, die nicht nur die materielle Lage der Arbeiter bessert, sondern auch den Haß, das Mißtrauen, die Unversöhnlichkeit aus ihrem Herzen nimmt, kann nur und unbedingt nur unter dem Zeichen der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter betrieben werden. . . . Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz haben die materielle Lage der Arbeiter schon erheblich gebessert, den sozialen Frieden aber können sie nicht bringen, wenn nicht gleichzeitig die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt, festgesetzt und gesichert wird. Wer hierzu nicht bereit ist, der hat das innerste Wesen des großen sozialen Kampfes, in dem wir stehen, des Emanzipationskampfes der Lohnarbeiter, nicht begriffen, der kann zwar ein gutherziger Wohlthäter der Arbeiterschaft werden, nie aber ein erfolgreicher Sozialreformer. Gerechtigkeit, nicht Wohlthaten, fordert die soziale Entwicklung der Zeit.“

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Die moderne Arbeiterklasse fordert auf Grund des Gerechtigkeitsprinzips die volle Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum und wird so lange kämpfen, bis sie dieselbe errungen hat, bis das Heine'sche Wort zur Wahrheit geworden:

„Alle Menschen, gleichgeboren,
Sind ein abliges Geschlecht.“

Vom Ausland.

Der skandinavische Arbeiterkongreß hat am 22. August in Kopenhagen stattgefunden. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Gewerkschaften Dänemarks, N. Jensen, der den Kongreß eröffnete und begrüßte, nahm Bezug auf die auf dem letzten Kongreß zu Stockholm 1897 angenommene Resolution, in der es heißt, daß „die Grundform für die gewerkschaftliche Organisation der das ganze Land umfassende Zentralverband bilden solle, und daß diese Zentralverbände, sowie solche Fachvereine, die keinen Zentralverband bilden können, sich zusammenschließen sollten in eine Landesorganisation mit einem gemeinsamen Sekretariat für jedes Land“. Weiter heißt es in der Resolution: „Die drei Landesorganisationen sind verpflichtet, einander unter großen gewerkschaftlichen Kämpfen, wenn die betreffende Landesorganisation die Ausgaben nicht zu tragen vermag, zu unterstützen.“ Die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Kongresses sei es, auf der geschaffenen Grundlage weiter zu bauen, das Zusammenarbeiten der skandinavischen Organisationen zu fördern und Verbindungen mit den Landesorganisationen der anderen Länder anzubahnen. Die Räte der letzten Jahre hätten gezeigt, daß das Unternehmertum international organisiert sei, das leite auch die Arbeiter dazu, sich national und international immer fester zusammenzuschließen. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß der Kongreß dazu beitragen möge, die Arbeiterschaft zu den Kämpfen, die ihr bevorstehen, zu stärken, und auch schließlich dazu, einen glücklicheren und schöneren Zustand der menschlichen Gesellschaft herbeizuführen.

